

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Freireichhand 4.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Lichtbogen der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Interate kosten die achteigspaltige Langzeile, ober deren Raum 1,20 M., Wortzeilen das festgedruckte Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg. Erweiterungsbeitrag 50 Pfg. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10
Verantwortlicher: Amt Norden 2895 und 2896
Verleger: Kurt Norden 2895

Die Freiheit

Int. Institut
Soc. Geschiedania
Amsterdam

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Streik in den Siemenswerken.

Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Sämtliche 25 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Siemensbetriebe sind heute früh auf die Herausforderung der Siemensherren hin einmütig in den Ausstand getreten. Gestern abend fanden in allen Abteilungen geheime Abstimmungen über den eventuellen Streik statt. Die überwältigende Mehrheit entschied sich für sofortige Arbeitsniederlegung.

Heute vormittag um 11 Uhr haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen begonnen.

Gelb oder rot?

Zu dem Kampf in der Metallindustrie wird uns von untergeordneter Seite geschrieben:

Der Schließung der Spandauer Staatsbetriebe, der Sabotage der Unternehmer der Firmen Schwarzkopff, Vorsig, Orenstein u. Koppel, Daimler u. a. folgt jetzt die Sabotage der Großherren vom Siemenskonzern. Es ist bereits in einem gestrigen Artikel hingewiesen worden, daß von Seiten der Unternehmer alle bestehenden Vereinbarungen willkürlich beiseite geschoben wurden. Bei allen Verhandlungen behaupteten die Unternehmer, daß wir nicht den Willen hätten, die Produktion in geregelte Bahnen zu stellen. Man sprach vom Streiklieber der Arbeiter, von der Unlust zur Arbeit. Tatsächlich hat die Arbeiterschaft eine überaus große Schuld bewiesen. Am Dienstag waren die Entlassungen bekannt geworden. Trotzdem Verhandlungen von den Unternehmern immer wieder abgelehnt wurden, drängten die Arbeiter nach neuen Verhandlungen. Als aber am Mittwoch die geringen Zugeständnisse (die Arbeiter bis zum Spruch des Schlichtungsausschusses zu beschäftigen), die man von Arbeitern des Kleinbauwerks gemacht hatte, wieder zurückgezogen und weitere 12 Kollegen im Elmo-Werk entlassen und sämtliche Arbeiter des Werner-Werks als entlassen bezeichnet wurden (ca. 12 000 Personen), war die Situation klar. Jetzt erkannte man deutlich, daß hier ein Schlag gegen die Gesamt-Arbeiterschaft geführt werden soll.

Es sind dieses nicht die ersten Maßregelungen nach der Revolution. Schon zweimal mußten die Arbeiter einzelner Werke dazu Stellung nehmen. Damals stellten sich die Kollegen auf den Standpunkt, wegen einzelner Personen keine Aktion unternehmen zu wollen. Aber diesen neuen Streik konnte und durfte die Arbeiterschaft nicht geduldi hinnehmen. Hier gilt es, alte gewerkschaftliche Grundsätze mit allem Nachdruck zu verteidigen. Wie sagte doch einer der Herren vom Werner-Werk: „Arbeiten können ja die Leute, aber ihre Vertreter müssen sie niederlegen.“ Ist das nun ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit oder nicht, Herr Minister Schuler? In dem ehemaligen geschlossenen Lichterberger Werk werden jetzt nur noch Leute eingestellt, die gelb unterzeichnen. Das ist der Zweck der ganzen Aktion.

Man sucht nach Ursachen, das gesamte Werk schließen zu können. Die Arbeiterschaft von Siemens wird den Ruf, den sie vor der Kriegszeit hatte, zu rehabilitieren suchen. Es ist unmöglich, daß dieser Streik, wie die „Vorposten“ behauptet, von den Kommunisten geführt worden ist. Die kommunistischen Führer haben in keiner einzigen Versammlung das Wort ergriffen. Es herrscht bei allen drei Parteien völlige Uebereinstimmung darin, daß diese Bewegung einen rein gewerkschaftlichen Charakter trägt. Auch die im gestrigen Abendblatt des „Vorwärts“ gemachte Bemerkung, „daß schon früher der Arbeiterschaft von maßgebender Seite ein Verbot zugetragen ist, Anschläge solcher Art abzugeben“, ist unwahr.

Ratifizierung des Vertrags in England.

Das Verfahren gegen den früheren Kaiser.

London, 24. Juli. (Reuter.)

Oberhaus. Im Laufe der Debatte über den Beschluß betreffend den Friedensvertrag sagte Lord Curzon, es sei möglich, daß das gerichtliche Verfahren gegen den ehemaligen deutschen Kaiser nicht in London abgehalten werde. Man habe eingesehen, daß hiergegen wegen des damit verbundenen unerwünschten Aufsehens, der Erregung der öffentlichen Meinung und der Störung des öffentlichen Lebens ernste Bedenken vorliegen. Ein endgültiger Beschluß sei noch nicht erlassen worden, und, falls der Prozeß etwa doch auf englischem Boden stattfinden werde, sei damit nicht gesagt, daß für diesen Zweck London gewählt werde.

Die Gesandtschaft über den Friedensvertrag und den eng-

lisch-französischen Vertrag wurden in allen Besungen einstimmig angenommen.

Die Versorgung Oesterreichs.

Paris, 24. Juli. (Reuter.)

Den österreichischen Delegierten wurde eine Note zugestellt, in der ihnen mitgeteilt wird, daß der Ausschuss für Wiedergutmachung Oesterreichs mit Rohstoffen, Mitteln und Rohstoffen versorgen werde, vorausgesetzt, daß die österreichische Regierung Waffen und Munition, die von der Tschecho-Slowakei benötigt werden, im Austausch gegen Kohlenlieferungen aus letzterem Lande liefert. Die Kommission für die neuen Staaten wurde offiziell angewiesen, den Entwurf eines Vertrages zwischen Bulgarien und den Alliierten aufzusehen, der für den Schutz der Minderheiten Vorsorge trifft.

Der Bergarbeiterstreik in England.

Amsterdam, 25. Juli.

Der „Telegraaf“ meldet aus London: Es besteht Grund zur Annahme, daß der Bergarbeiterstreik vor Ende dieser Woche beendet sein wird. Die gestrige Konferenz beim Premierminister hat gute Dienste geleistet. Die Regierung kommt den Bergarbeitern möglichst entgegen, indem sie vorschlägt, daß die Stückerbeiter bei einer um höchstens zehn Prozent geringeren Leistung und siebenstündiger Arbeit nicht weniger verdienen sollen als bei achttündiger Arbeitszeit. Dies entspricht grundsätzlich dem Beschluß der Leiter der Bergarbeiterorganisationen. Der Verband hat später noch beraten; sein Beschluß ist noch nicht bekannt, doch werden die Bergarbeiter in Yorkshire das Angebot nicht annehmen. Der Streik dehnt sich nicht mehr aus.

London, 25. Juli. (Reuter.)

Es veranlaßt, daß eine friedliche Regelung mit den Bergarbeitern wahrscheinlich noch heute zustande kommt.

Das Tumultgesetz.

Weimar, 24. Juli.

Der Nationalversammlung ist heute ein Gesetzentwurf vorgegangen, bei der Entschädigung der durch innere Unruhen verursachten Schäden zum Gegenstand hat. Nach dem Gesetzentwurf ist ein Ersatzanspruch nur gegeben, wenn durch die Schäden das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet worden ist. Die Höhe der Schäden an beweglichen und unbeweglichen Sachen wird nach den Grundbüchern festgestellt, die für die Höhe des Kriegsschadens nach dem Gesetze vom 3. Juli 1916 und dem zu seiner Ergänzung und Ausführung erlassenen Bestimmungen maßgebend sind. Der Anspruch beschränkt sich auf den Betrag, der erforderlich ist, um den Geschädigten unter Berücksichtigung der ihm sonst zur Verfügung stehenden Mittel zur Wiederherstellung der beschädigten Sachen instandzusetzen. Bei Schäden an Leib und Leben wird dem Geschädigten Ersatz für die notwendigen Heilungskosten und für die Einbuße an Erwerbsfähigkeit, den Hinterlassenen ein Ausgleich der Nachteile gewährt, die ihnen durch den Fortfall des Ernährers entstanden sind. Die Höhe des Ersatzes ist unter Berücksichtigung der dem Betroffenen sonst zur Verfügung stehenden Mittel zu bemessen. Der Ersatz wird, soweit es sich nicht um Heilungskosten handelt, in Form einer monatlichen Rente gewährt. Die Rente darf nach Umfang und Dauer den Betrag nicht übersteigen, der dem Geschädigten oder den Hinterlassenen des Verstorbenen nach den geltenden Militärunterstützungsgesetzen zuzuschreiben würde.

Eine Verschwörung deutscher Kriegsgefangener?

Amsterdam, 24. Juli. (W.T.B.)

Die englischen Blätter vom 23. melden: Die Militärbehörden seien einer gut organisierten Verschwörung deutscher Kriegsgefangener im Gefangenenlager von Parkhall Orestrey auf die Spur gekommen, die die Entschärfung einer Anzahl von Baracken der Kriegsgefangenen zum Ziele hatte. Den deutschen Offizieren, die für die Führung ihrer Mannschaften verantwortlich sind, ist eröffnet worden, daß, wenn irgend etwas dergleichen geschieht, keine Erleichterung für die Unterkunft der Gefangenen, deren Baracken zerstört würden, gewährt werde und daß die Gefangenen im Freien schlafen müßten, so lange sie im Lager verbleiben. Seit Unterzeichnung des Friedens seien viele Gefangene sehr widerspenstig geworden, und man sei der Ansicht, daß es gut sein werde, den Vorposten, die sich auf das Verhalten der Gefangenen innerhalb des Gefangenenlagers beziehen, aufs strengste Geltung zu verschaffen und sie, wenn nötig, zu verschärfen. Die Schwereiten werden hauptsächlich den Offizieren der besten deutschen Flotte, die von Scapa Flow nach dem Lager gekommen sind, zugeschrieben.

Die revolutionäre Bewegung in Italien.

Ueber die jetzige Situation in Italien halten wir aus Mailand von einem seit langem in der Bewegung stehenden Genossen folgenden Ueberblick:

Fast zu gleicher Zeit wurde Italien vor kurzem durch ein tellurisches und durch ein soziales Beben erschüttert, und wie das unabwendbare Naturereignis in wenigen Sekunden ganze Ortschaften zerstörte, so bedroht das nicht minder unabwendbare soziale Beben das ganze italienische Staatsgebäude. Vergebens versuchen bürgerliche Mächte dies als ein Produkt der sozialistischen „Bege“ zu schildern, vergebens stellen sie die Erhebungen dieser letzten Tage in vielen italienischen Städten als das Werk einer „verbrüderlichen, bolschewistischen Propaganda“ dar. Die so schreiben, wissen ganz genau, daß dem nicht so ist, und wenn sie es nicht wissen, um so schlimmer für sie, um so schlimmer für die Parteien und für die Klassen, in deren Namen und für deren Interessen sie schreiben.

Italien erlebt jetzt, was wir Sozialisten längst vorausgesehen hatten, was jedes kriegerische Land, auch das „siegreichste“, notwendigerweise erleben mußte. Während vier Jahren des grausamsten Krieges haben die bürgerlichen Staatsmänner alles mögliche versprochen: neben der Befreiung der „unerlösten Brüder“, neben dem Sieg der Demokratie und der Freiheit sollte für das italienische Volk eine neue Epoche der nationalen Herrlichkeit, der politischen Blüthe, des wirtschaftlichen Aufschwunges anbrechen. Wie anders aber sieht die Wirklichkeit aus, wie anders sind die Folgen des „siegreichen Krieges“!

Auf der einen Seite sind die Imperialisten und die Nationalisten mit dem Frieden von Versailles, mit der Lösung des Fiume-Problems, mit der Regelung der dalmatinischen Frage unzufrieden, und wir wohnen heute dem grotesken Schauspiel bei, daß politische Kreise, die bis gestern noch nie genug Worte fanden, um die Solidarität der „lateinischen Schwärzer“ und den freihheitlichen Sinn des großmütigen Albions und den hehren Idealismus Wilsons zu verhimmeln, jetzt nicht genügend Worte finden, um deren „Verrat“ an Italiens Sache und Rechten zu brandmarken. Auf der anderen Seite aber richtet sich, immer drohender, immer klassenbewußter das Proletariat auf, das seine Zeit und Lust hat, sich um Fiume zu kümmern, das vielmehr seine eigene Lage immer klarer sieht und jeden Tag deutlicher erkennt, wie schwer die kapitalistischen Ketten auf ihm lasten. So hält das Fieber in allen Bevölkerungsschichten an, und der vulkanische Boden wird von Tag zu Tag von immer neuen und schwereren Erschütterungen durchbebt.

Die Sorgen um Fiume und Dalmatien und Kleinasien wollen wir jetzt ruhig übergehen. Zwar sind sie nicht auf die leichte Achsel zu nehmen, denn durch seine raubgierige Politik könnte der italienische Imperialismus die Freundschaft oder, um uns genauer auszudrücken, den Schutz seiner rivalisierenden Verbündeten verächtlich haben, und jeder-mann weiß, wie sehr Italien dieses Schutzes bedarf. Aber so groß auch diese Gefahr sein mag, so steht sie doch nicht unmittelbar bevor. Was aber bevorsteht, ja was schon da ist, das ist die wirtschaftliche Zerrüttung des Landes und infolgedessen die allgemeine Empörung der arbeitenden Massen. Immer hat es in Italien gegärt; jetzt hat sich der Händstift entladen.

Unruhen und Streiks in fast ganz Italien, Aufmärsche, Demonstrationen, Konflikte, Tote, Verwundete, das war das Bild unseres schönen Landes. Die Preise der Lebensmittel steigen zu schwindelnder Höhe, die Rohstoffe fehlen, die Arbeit wird rar, das allgemeine Unbehagen nimmt zu, die Masse ist ungeduldig, die Kriegsgewinnler provozieren durch ihren Luxus; alle sind nervös, aufgeregter, entschlossen, nicht mehr im alten Schlandrian weiterzuleben; Italien ist in Gärung, überall, in allen Kreisen, in allen Klassen. Wir befinden uns mitten in einer Bewegung, die erst in ihrer Anfängen steht. In allen ist das Gefühl, daß wir in kurzer Zeit auf den Weg des offenen Kampfes kommen, weil es keinen anderen gibt. . . .

So schrieb der „Avanti“ schon vor vier Wochen. Und nun gar die Unruhen dieser Tage, die Mäanderungen in Forli, in Florenz, in Mailand, in Ancona, in Turin u. a. m. die Gründung von Arbeiterräten in mehreren großen und kleinen Städten, die Ausrufung der Räterepublik in einige kleinen Ortschaften Toskanas. . . .

Natürlich, keinem Sozialisten wird es je einfallen, zu behaupten, dies sei schon eine politisch orientierte Bewegung. Die Wessenden aller Einzelaktionen der letzten Tage sind vorwiegend wirtschaftlicher Natur. Aber ebenso wie der ökonomische und der politische Kampf untrennlich sind und der eine den anderen bestimmt.

vor die italienische Bewegung ein Doppelttes Gesicht, und tritt heute der ökonomische Faktor in den Vordergrund, so wird vielleicht morgen schon die Arbeiterbewegung eine rein politische sein, um dann, nach der Eroberung der politischen Macht, die ökonomischen Forderungen des Proletariats zu verwirklichen.

Waren die Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte die Folge der ungeheuren Not, waren die wilden Unruhen das Produkt einer zum Ueberlaufen gekommenen Erregung über die schamlose Wucherpolitik, der elementare Ausbruch einer lang gedämpften Empörung gegen das Schiebertum und den Schleichhandel und gegen die Schwäche der Regierung, so ereignen sich fortwährend in Italien Streiks und Zellaktionen, die einen deutlich politischen Charakter tragen. Ja, während die Plünderungen spontane, ungezügelt ausgebrochene materielle Mißbefugnisse waren, sind die Streiks sehr oft wohlbedachte politische Aktionen. Dies ist eben der beste Beweis, daß wir — wie neulich noch das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes in seinem Aufruf an die italienischen Arbeiter sagte — in eine Periode von außerordentlichem Ernst eingetreten sind. Das italienische Proletariat hat die Augen geöffnet, ist des langen Wartens und Duldens überdrüssig. Man hat kein Vertrauen mehr zum gegenwärtigen System, man weiß, daß die kapitalistischen Regierungen nicht in der Lage und auch nicht willens sind, die komplizierten Fragen der Gegenwart im Interesse der Allgemeinheit zu regeln. Man hat eingesehen, daß die jetzigen Regierungsformen den Anforderungen der Neuzeit nicht gewachsen sind. Man will neue Zustände schaffen. Das Klassenbewußtsein hat sich gestärkt, der Geist des Sozialismus wird immer mächtiger.

Und nicht nur bei den Arbeitern. Der Geist der Rebellion dringt in alle Klassen ein. Es streifen nicht nur Arbeiter, sondern Lehrer, Privatangestellte, Postbeamte, Eisenbahner, Polizisten. Ja, in der Polizeikaserne zu Mailand haben neulich eine große Anzahl Soldaten gemeutert und die Arbeiterhymne gesungen und den „Avanti“ hochleben lassen!

Nun hört man in Italien, ebenso wie in anderen Ländern, noch immer dieselbe Litanei, es sei nur die Jagd nach höheren Löhnen, die solche Streiks verursacht. Dem ist aber nicht so. Der Krieg, die politische wie ökonomisch reaktionäre Tätigkeit der Regierung, die Anschläge der Ententemächte gegen die sozialistische Republik Rußlands und Ungarns, manche tragische Episoden aus der deutschen Revolution haben eine Revolutionierung der Welt hervorgebracht, die sich in spontanen grobhartigen Formen offenbart.

Hier nur ein Beispiel. Man erinnert sich noch des Ueberfalls der Mailänder Reaktionen auf den „Avanti“, dessen Redaktion, Expedition und Druckerei vollständig zerstört wurden. Die Antwort des italienischen Proletariats ließ nicht lange auf sich warten. Am selben Tage streikten die Arbeiter von Mailand, Turin, Neapel, Rom und andern Städten. In noch nicht drei Monaten hat dann die italienische Arbeiterkraft, durch lauter kleine Beiträge, 380 000 Lire für den „Avanti“ gesammelt, und die Million wird sicherlich bald überschritten werden. Eine grobhartigere politische Demonstration, einen glänzenderen Beweis der Solidarität mit diesem revolutionären Blatt, eine deutlichere Neukennzeichnung seines revolutionären Willens hätte das italienische Proletariat nicht geben können. Das Umschlagreifen dieses revolutionären Willens wird übrigens noch durch die Tatsache am deutlichsten bewiesen, daß, obwohl in den Kriegsjahren noch immer verboten, der „Avanti“ jetzt eine Auflage von über 250 000 hat gegen 70 000 am Anfang des Krieges!

Auch der Gewerkschaftsbund, hinter dem eine Million Arbeiter stehen, hat sich an die Seite der politischen Parteileitung gestellt. Der Wille zur Macht wird immer stärker, die Entschlossenheit zur Tat immer entschiedener. Vergebens schöpfen jetzt die Organe des Kapitals neue Hoffnungen aus der nach dem Teuerungsaufbruch eingetretenen Ruhe. Es ist die Ruhe vor dem Sturm.

Der 21. Juli in Frankreich.

Warum die Franzosen nicht gestreift haben.

Die nunmehr in Deutschland eingetroffenen französischen sozialistischen Zeitungen der letzten Tage lassen jetzt den Grund erkennen, warum unsere französischen Genossen von ihrem Pläne, den 21. Juli zu einer gewaltigen internationalen Demonstration zu machen, abgekommen sind. Hiernach war der Verlauf der Ereignisse folgender:

Die französischen Demonstration sollte sich vor allem für folgende Forderungen einsetzen:

1. Unverzügliche Annahme für alle militärischen und politischen Diktate.
2. Abschaffung der Zensur.
3. Einstellung des feindlichen Vorgehens gegen Rußland und Ungarn.
4. Verbilligung der Lebensmittel.

Nun berief der Ministerpräsident Clemenceau die Führer der französischen sozialistischen Partei und der Gewerkschaften vor dem 21. Juli zu sich und hatte mit ihnen eine lange Unterredung, deren Inhalt leider nicht vollständig bekannt ist. Offenbar machte aber der Ministerpräsident den sozialistischen Führern in dieser Unterredung weitgehende Zugeständnisse hinsichtlich der oben angeführten Forderungen; denn in einer darauf abgehaltenen Sitzung beschloß die Confédération générale du Travail (entsprechend etwa unserer Generalkommission der Gewerkschaften), welche die Aufforderung zu dem großen Streik gegeben hatte, nunmehr vom Streik Abstand zu nehmen.

Die französischen sozialistischen Blätter erklärten übereinstimmend, das hauptsächlichste Zugeständnis Clemenceaus an die Sozialisten sei, daß 150 000 wegen politischer und militärischer Diktate verurteilte Personen amnestiert werden sollen. Ferner hat nach den neuesten Meldungen die französische Regierung auch den Vorstoß gegen Ungarn eingewilligt. Noch ein anderes Ergebnis kam dazu: Am Sonnabend, den 19. Juli, hatte die Kammer der Reichstagspolitik des Ministeriums Clemenceaus ein Mißtrauensvotum erteilt. Clemenceau zwar reagierte hierauf nicht in der gewünschten Weise. Er teilte nämlich nicht, wie es sonst nach einem solchen Mißtrauensvotum üblich war, die Demission des Gesamtkabinetts ein, sondern nur der Ernährungsminister Viret nahm seinen Abschied. Die sozialistische Partei aber erklärte, daß infolge des Mißtrauensvotums das gesamte Kabinett nicht mehr existierte. Sie hätten also keinen Grund mehr, gegen eine Regierung zu demonstrieren, die nicht mehr da wäre. „Unter diesen Umständen“, so schreibt der links-

sozialistische Führer Jean Longuet im „Populaire“, „hat die Ernährungsminister der Confédération générale du Travail beschlossen, für den Augenblick auf die Streikbewegung zu verzichten, welche sonst in der Unzuverlässigkeit eines allzu großen Teiles der französischen Arbeiter, die durch die lägerischen Erzählungen der kapitalistischen Presse getäuscht waren, gewissen Schwierigkeiten entgegenstehen.“

Leider hat sich die Forderung unserer französischen Genossen auf den Streik des Kabinetts Clemenceau nicht erfüllt. Denn bereits am 22. Juli erhielt das Ministerium von der Mehrheit der französischen Kammer wieder ein Vertrauensvotum.

Wiederholte erklärte die Confédération générale du Travail bei ihrer Aufforderung, vom Streik diesmal abzusehen, und ebenso erklärten ferner die sozialistischen Führer in allen französischen sozialistischen Zeitungen, daß die gewaltigen Demonstrationen nur aufgegeben und nicht aufgehoben sei. Wenn die französische Regierung glaube, daß das französische Proletariat aus Angst und Schwäche auf seine Demonstration verzichtet hätte, und wenn die reaktionären Maßnahmen ununterbrochen weiter fortgesetzt würden, so würde das französische Proletariat seinen 21. Juli eben später und dann noch weit einmütiger und gewaltiger feiern.

Angriffe gegen Erzberger.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird der Reichsfinanzminister Erzberger auf verschiedene Angriffe antworten, die in der deutschnationalen Presse gegen ihn gerichtet worden sind. An diesen Angriffen haben sich auch Herr Helfferich und Graf Wedel, früher Votschaffter in Wien, beteiligt. Es wird Erzberger vorgeworfen, daß er nicht nur stümperhafte Politik treibe, sondern auch noch Gelegenheit suche, sich persönlich zu bereichern. In der gestrigen Fraktionsitzung des Zentrums in Weimar hat Erzberger die Vertrauensfrage gestellt und seine Partei hat ihm daraufhin das Vertrauen ausgedrückt. Erzberger will heute mit Entschiedenheit antworten. Der frühere deutsche Votschaffter in Wien, Graf Wedel, hatte nämlich behauptet, daß durch die Schwachhaftigkeit Erzbergers im Frühjahr 1917 der Versuch der Herbeiführung des Friedens vereitelt worden sei. Das „Berliner Tageblatt“ gibt über die damaligen Vorgänge folgende Darstellung:

Nach der Annahme der Friedensentscheidung im Reichstag richtete die englische Regierung über den Balkan eine erste Vorfrage über Belgien an Deutschland zur Andahnung von Friedensverhandlungen. Die Anfrage wurde dann über den Münchener Kuntius der Reichsregierung übermitteln, an deren Spitze damals Dr. Georg Michaelis stand. Die deutsche Regierung behandelte damals die Sache diplomatisch (hinhalten), und die schriftliche Antwort, die Dr. Michaelis schließlich den Engländern gab, war in der Form zwar entgegenkommend, enthielt aber im Grunde genommen nur Phrasen und lief auf die Erklärung hinaus, daß Deutschland zur Zeit keine Betätigung habe, der belgischen Frage näher zu treten. Später kam dann sein Nachfolger, Graf Hertling — dem Außenstehenden ganz unermutet —, in einer Reichstagsrede auf die belgische Frage in entgegenkommendem Sinn zurück. Da aber war es schon zu spät, und die Engländer reagierten nicht mehr darauf.

Erzberger will nunmehr Dokumente vorlegen, die beweisen sollen, daß er an der damaligen Verhinderung eines Friedensschlusses unkundig gewesen sei.

Bei dieser Gelegenheit hat sich zwischen dem „Berliner Tageblatt“ und dem „Vorwärts“, die sonst sehr gesinnungsverwandt sind, eine kleine Auseinandersetzung entsponnen. Der „Vorwärts“ hatte seinen Freund Erzberger in Schutz genommen und behauptet, die Angriffe gegen ihn entsprängen der Wut der deutschen Kapitalisten darüber, daß Erzberger ihnen ihr Vermögen und ihren Besitz rauben wolle. Darauf erwiderte das „Berliner Tageblatt“, das folgende:

„Die meisten Gegner Erzbergers denken bei ihrem Vorgehen wohl am wenigsten an diese Steuerpläne, und da die Worte des Erzbergerischen Entwurfs der Vermögensabgabe mit Behaltel über sogar mit einer Aufwärtsbewegung beantwortet hat, scheint es, daß die Finanzkreise gar nicht sehr erpicht darauf sind, das Erzbergerische Besteuerungsprojekt beseitigt und einen anderen Finanzminister an der Stelle Erzbergers zu sehen.“

Von einem kapitalistischen Blatte wird also bestätigt, daß das „Reichsnoteopfer“ nicht viel mehr als ein Strohmann ist. Die Börse hat auf den Erzbergerischen Entwurf mit Festigkeit oder sogar mit einer Aufwärtsbewegung beantwortet. Die Kapitalisten sehen eben in dem „Reichsnoteopfer“ nicht einen Angriff auf ihr Vermögen, sondern sie erwarten im Gegenteil von ihm neue Profitmöglichkeiten. Der „Vorwärts“ aber wollte die Welt glauben machen, als ob mit diesem „Reichsnoteopfer“ den besitzenden Kreisen wirklich eine große Last aufgebürdet werden sollte.

Der „Vorwärts“ auf dem Rückzug.

Das Ultimatum des Generalleutnants Hofmann an die Regierung hat bereits den gewünschten Erfolg gehabt. Der „Vorwärts“ befindet sich vor dem Einsturz der monarchistischen Offiziere im vollen Rückzug. Um aus der Situation noch zu retten, was irgendwie zu retten ist, versucht er, seine Niederlage mit einem durchsichtigen Mandat gegen die „Freiheit“ zu verfeinern. Er behauptet, wir hätten dem Republikanischen Führerbund einen Vorendienst geleistet, indem wir ihm hilfreich zur Seite getreten wären, und der „Vorwärts“ glaubt daraufhin, den Führerbund gegen diesen zweifelhaften Liebesdienst in Schutz nehmen zu müssen.

Wir weisen demgegenüber darauf hin, daß es uns nie eingefallen ist, in irgendeiner Form als Förderer und Verteidiger des Führerbundes aufzutreten. Wir haben vielmehr lediglich die monarchistischen Organe geschädigt, die die Gründung dieses Bundes bei den Noskeoffizieren ausgespielt hat, und im übrigen dem Bund keinerlei Bedeutung beigemessen. Er war für und von vornherein eine hoffnungslose Angelegenheit. Schon die Tatsache allein, daß der „Vorwärts“-Redakteur Kuttner der geistige Vater dieses Bundes ist, genügt, um die Bedeutungslosigkeit des Bundes darzutun. Außerdem kennen wir das Noskehoer zu genau, als daß wir von ihm erhofften, es sei noch irgendeiner nennenswerten Reform fähig.

Jedenfalls beweist auch dieser Vorfall wieder, daß der „Vorwärts“ nie ernst genommen werden kann. Seine oppositionellen Regungen sind nichts weiter als Gemütsverstimnungen, die sich sofort legen, wenn er von seinen Protektoren entsprechend angefahren wird.

Herr August Winnig, dessen Seelenverwandtschaft mit den Müßeligen und Antisemiten wir heute morgen abgezeigt haben, erklärt einen Aufruf an die Weimarer Diktatoren, in dem er sie unter Hinweis auf die Vorgänge in Königsberg, Jüterburg und Reidenburg zur Besinnung mahnt. Es heißt darin:

„Gestalt es nicht, die Wiederholung solcher Zusammenkünfte zu verhindern, so werden Volk und Meer sich allmählich als Feinde und als Gegensätze auf allen Gebieten empfinden, und dann allerdings mag sich im Her der Glaube setzen, daß alle Uebel schließlich ihre Ursache in den politischen Rechten der Masse des Volkes haben. Dann erst würde das werden, was es jetzt nicht ist, eine wirkliche Gefahr für die menschliche Grundlage unseres öffentlichen Lebens. Die militärischen Behörden bedauern die Vorgänge aufs tiefste. Sie weisen sich an die ihnen unterstellten Soldaten und machen ihnen die würdevollen und verständigen Verhalten der bürgerlichen Bevölkerung gegenüber zur Pflicht. Möge die Verwaltung der militärischen Behörden auf die Soldaten wirken, aber möge auch die bürgerliche Bevölkerung diesen Ruf mit Aufmerksamkeit beachten. Jeder Mann gebe sich Rechenschaft darüber, wohin wir hincum, wenn diese Ereignisse sich unaufrichtig verhalten. Anstatt der Wiederholte sträflicher Verhältnisse wird es das von Welt und Germanen kommen. Ein Schandfleck an Volk ist jeder, der nicht allen seinen Einfluß aufbringt, um weitere Unfälle zu hindern und dem Volke die Ruhe zu geben, der es vor allem bedarf.“

Nach dieser Darstellung müßte man beinahe glauben, daß die bürgerliche Bevölkerung an den blutigen Ereignissen in Ostpreußen schuld sei. Was werden die Parteifreunde des Herrn Winnig, besonders in Jüterburg und Reidenburg zu dieser Auffassung sagen?

Unter dem Protektorat des Rechtssozialisten Winnig erschien in Königsberg eine Wochenchrift „Klarheit“, herausgegeben vom Reichssozialistischen Kufflungsdiener für den Osten, gedruckt bei der rechtssozialistischen Königsberger Volkshaus, die „zur Klärung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Aufgaben im Osten“ dienen soll. In der Ausgabe vom 12. Juli bringt das Blatt eine herabwürdige Kritik von Weimarer und Jünger, daß uns die Auswahl außerst schwer wird. Auch findet die „Klarheit“ die Taten des Generals von der Goltz durchaus verurteilbar, da ja die Bolschewisten schon vorher grausam gegen die Bevölkerung vorgegangen seien. Die nächste Leistung ist eine Widerrede zur Klärung über die zu erwartende Behandlung der Deutschen durch die Polen nach der Wahl. Als erstes ein Landwirt, der von einem Polen mit Holztritten fortgetrieben wird, unter dem Text: „Kaus mit dein Hof ist jetzt mein Hof, dein Land ist jetzt mein Land, dein Vieh ist jetzt mein Vieh!“ Wenn die „Klarheit“ konsequent weitermüßte sie nach der bei Goltz begünstigten Vergeltungstheorie etwas zu befürchtende dem Wilde entsprechende Handlung durchzuführen. Unden, gehörten doch Entseignungen zu den alltäglichen Erscheinungen im deutschen Osten. Weiter wird das — natürlich auch antisemitische — Blatt den russischen Bolschewiken vor, zu ihrem persönlichen Vorteil dauernd Unterdrückungen zu begehen, ohne natürlich den geringsten Anreiz erbringen zu können. Es würde zu weit führen, auch nur einen kleinen Teil des Inhalts in seiner Gesamtheit bloßzustellen. Einzelne findet sich eine Anzahl des Schwundes für die Weimarer 11. in der aufgeföhrt wird, mit Genehmigung der Reichsregierung die Auslieferung der Kriegsschuldigen zu verhindern. — Und so etwas druckt eine Zeitung, die sich sozialdemokratisch nennt!

Auspeilung einer Frau.

Die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit hat an den Generalmajor v. Lettow-Vorbeck, zur Zeit in Hamburg mit der Herstellung der Ordnung beschäftigt, ein Schreiben gerichtet, dem wir folgendes entnehmen:

Frau Frieda B. fuhr am 1. Juli von einer Theatervorstellung in einem Auto nach Hause. Das Auto wurde durch eine Explosion an einem der Drahtverhauer der Hamburger Straßen angehalten und der Wachtposten verlangte von Frau B. einen Ausweis, daß sie berechtigt sei, innerhalb der Sperrzeit für Drahtverhauer zu passieren. Sie erklärte, solchen Ausweis nicht zu haben, jedoch sich durch telefonischen Anruf bei ihrem Manne legitimieren zu wollen. Der Posten führte sie zum nächsten Wachtposten. Dort wurde ihr Erklären, daß sie mit ihrem Manne telefonisch zu verhandeln, in brutaler Form abgelehnt, der Posten erwiderte, daß sie nicht durch die Sperrung gehen dürfe. Als sie sich dieses nicht weiden konnte, wurde sie von ihm in ihren Armen ergriffen und ebenfalls mit „Du“ anredet. Daran wusch die Frau sich für einen Hausbesuch ins Gesicht, der sie einen Hausbesuch befehlige ausbrach und das linke Auge traf, so daß es durch den aufschwoll und rote und beide eine blutige Hautwunde erlitten. Die empörte Frau erwiderte diese Brutalität, indem sie die Hand mit erhobenem Hand auf den Wachtposten legte. Aber diese hat ihn erreichen konnte, wurde ihr eine wulstige Pistole in die Hand über den Kopf geworfen, so daß es Soldaten nahen an, man hob ihre Hand auf und verließ sie mit militärischen auf Gesicht und Oberkörper. Danach wurde sie weiter mit Fußtritten und unangenehmen Reden traktiert, z. B.: „Wenn du ein Mann wärest, hätte ich dir eine blaue Bohne in den Arsch geschuert!“ Die mißhandelte Frau hat um etwas Wasser, welches sie sich in Wasserleitung sei gesperrt, um einen Stuhl. — Stühle seien nur für die Wache da. Darauf wurde befohlen, sie nach einer anderen Wache zu schaffen, aber vorläufig ordnete der Wachtposten, daß sie Mann geben mit, denn sie könnte ohnmächtig werden. Nachdem sie noch von einem zum anderen Wachtposten geführt wurde, so wie sie nach auf der Catharinenstraße eingeliefert wurde. Am arztliche Zeugnis, ausgestellt von Herrn Oberstabsarzt Torle, Nr. der Akte der Frau B. von 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 20 bis 30 Zentimeter Länge. Die teils blutunterlaufenen teils offenen Wunden waren nach 8 Tagen noch nicht verheilt und vergangen. Zwei Tage müßte sie liegen; von Wässern, Trinken und Essen in den Wachen ergaben sich weitere Schmerzen und Schwellen. Eine Strähne Haar ist bei den Mißhandlungen der Frau ausgeworfen, außerdem fanden die uniformierten Herren Scham an ihr und Wäsche Frau B. mit 20 Wm., welche anderen Besondere nicht wieder erlangt hat.

Der Sachverhalt ist bezeugt. Führer dem Arglistigen Räte! Nach das einwandfreie Zeugnis der Gemeindefreier Baumgarten, welche sofort nach erlangter Kenntnis des Falles den Reichstag feststellte, um Frau B. wenn nötig Hilfe zu leisten. Die Frauenliga fragt nun bei dem Herrn Generalmajor an, was gegen die Schuldigen an diesen Auspeilungen unternommen werden sei. Im günstigsten Falle wird wohl der Scheid kommen, daß eine „strenge Unteruchung“ anordnet werden; was dabei herauskommt, weiß man aus zahllosen ähnlichen Vorgängen.

Die Arbeiterräte und die Parteien.

Von Gustav Stahlberg.

Vorsitzender der Fraktion der U. S. P. - Arbeiterräte.

Die aus der Volkversammlung der Groß-Berliner Arbeiter ausgetretene Fraktion der Demokraten war in sich kein politisch gefestigtes Gebilde. Es war ein Gemisch von Intellektuellen und politisch indifferenten Kopiarbeitern, die aus ihren Berufen und Betrieben heraus von einer politisch ungeschulten Masse als die geeigneten Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen gewählt wurden. Bald nun das Wort „Demokratie“, das ja Volksherrschaft bedeutet, nicht gerade anständig klingt, so rannen sich eben alle diese Leute Demokraten. Wie viele von dieser ansehnlichen aus 100 Köpfen bestehenden Fraktion wirkliche Demokraten im Parteisinne sind, soll hier nicht näher untersucht werden. Das eine aber fest steht, daß sich die Mehrzahl von ihnen vor der Revolution um Politik nicht kümmert hat.

Und doch muß den Meisten dieser Partei, daraus wollen wir kein Dreck machen, nachgesagt werden, daß sie sich bei allen Gelegenheiten, wo sie zu Worte kamen, sehr vorteilhaft von ihren Rednern, wie die Sozialdemokraten, unterrichten haben. Hat doch der Demokrat Dr. Kaplan einmal eine so zeitgemäße Rede über den Mitegedanken gehalten, daß wir alle unsere besten Freunde daran hatten. Er wurde dafür auch in deutscher Weise von dem revolutionären Unternehmern aus dem Strahnenflaßer gelobt. Selbst Herr Dr. Wischels hat in seinen Reden behauptet, daß er für das Mitebestem viel mehr übrig hat, als alle Sozialdemokraten zusammen. Ja, Herr Fischer, ein Lehrer, hat sich sogar zu dem Ausdruck verfliegen, daß sich in der Volkversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte, trotz vieler Mängel, die lebendige große Seele des schaffenden Volkes widerspiegelt.

Nach in allem haben die Demokraten ein besseres Verständnis für unsere Zeit gezeigt, als die idealen kleinen Seelen zu ihrer Linken, die sich Sozialdemokraten nennen. Ueber diese Schattenshilder — sie leben nicht mehr im Lichte des Tages — kann ich mit ein paar Zeilen hinweggleiten. Diese unheilbar Verblendeten haben keinen eigenen Willen. Sie dürfen keinen haben. Sie dürfen nur das tun und sagen, was ihre Oberen wünschen. Sie sind die Versäuberer des Mitegedankens und waren somit ein Fremdkörper in dieser Versammlung. Verführerische Parteimenschen, haben sie nur die Politik der Partei getrieben. Darüber durften sie nicht hinausgehen, weil ihnen ihre Grenzen vorgezeichnet waren. Vor der lebendigen Wirklichkeit schreckten sie immer zurück, und in ihrer Unselbstständigkeit kamen sie — wiederum — konnte man es beobachten — sogar in Konflikt mit ihrem eigenen Gewissen.

Nun müßten sie auf Weisheit die Konsequenzen ziehen, und das ist gut so. Sie haben sich damit ihr eigenes Grab gegraben und ihre Wähler werden ihnen das Grabfeld dazu singen. Ich bin fest davon überzeugt, daß es so kommen muß, denn es wäre schlimmer um die proletarische Revolution bestellt, wenn es anders wäre.

Im Gegensatz sowohl zu den Demokraten zu den U. S. P. D. Demen betrachten die Arbeiterräte der U. S. P. D. ihre Stellung dem revolutionären Standpunkt aus. Sie fühlen sich als die Träger des aus der Revolution geborenen Mitegedankens. Ihre Politik kann also nur einem revolutionären Endziel gelten, der Vollendung des angefangenen, großen, erhabenen Wertes — dem Aufbau der sozialistischen Welt. Das System der Arbeiterräte soll und muß endlich der furchtbare geistlichen Welt den wahren Sozialismus bringen, den andere Systeme bisher nicht zu bringen vermochten, und ohne ein Vorwärtkommen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wer will und es da entgegenkommen, und uns an der Verwirklichung dieses großen Wertes hindern? Keiner kann es wagen, der es ehrlich mit der Welt und den Menschen meint. Diesen Weg zu gehen ist uns vorgezeichnet durch das Gesetz der Revolution. Wer da nicht mitgehen will, der strecke die Waffen, er ist kein Arbeiterrat im Sinne der Revolution.

Unabhängig von den Weisungen ihrer Partei haben die Arbeiterräte unserer Fraktion ihren Weg zu gehen. Die Partei, besser gesagt, ist der Sammelboden und der Grundstein, auf dem sich die Kräfte aufbauen, und aus diesem Boden heraus soll ihnen Saft und Kraft erfließen. Ist der Parteiboden ein guter, dann brauchen die auf ihm stehenden Arbeiterräte keine Sorge zu tragen, dann wird er ihnen unermessliche und unbegreifbare Kräfte zuführen. Das sagt er aber den Dienst, dann werden sie ihnen. Ihrer Partei das selbe Schicksal wie den Arbeiterräten der U. S. P. D. Das ist ein Naturgesetz, und ein politischer Satz ist derjenige, der daran zweifelt.

Wenn wir uns nun in diesem Sinne mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften für das unverfälschte Mitebestem einsetzen, so ist es schier unbegreiflich, warum uns unsere Brüder aus dem westlichen links, die Kommunisten, noch immer so heftig entgegenzusetzen. Warum tun sie es? Nur weil wir mit unserem unverfälschten Mitebestem nicht im Einklang mit der U. S. P. D. angetreten sind und keine Kommunisten geworden sind. Ja, Lieber Herr, ich brauche Sie nur das selbe tun wie wir. Laßt Ihre Freunde, Ihre Kommunisten, bei denen wir als Räte tagen, bei uns ansetzen auch mal ein wenig links liegen wie wir unsere Rechte, und wir sind einig. Wenn ich nicht in dieser Weise mit uns zusammen arbeiten will, muß man annehmen, daß es nicht um fruchtbringende Zusammenarbeit für den Mitebestem geht, sondern, daß ihr nur euer Parteipolitikdenken haben wollt. Ueberlegt es euch doch mal. Wollt ihr 100 denn unsere 800 Köpfe starke Fraktion so mir nichts dir nichts für einseitig erklären. Und wenn die Hälfte von uns, was nicht der Fall ist, Schamlose wären, um in eurem Sinne zu reden, so wäre das Uebergewicht derjenigen, die mit jeder Faser ihres Herzens für den Mitebestem kämpfen, und von den Lehren und Zielen des Sozialismus mindestens auch so viel verstehen wie ihr, über euch sehr groß. Auch kann die Politik der U. S. P. D. nicht so schlecht sein, dann nach ihren Erfolgen und ihrem Wachstum beurteilt, muß doch die große Mehrzahl der Arbeiter sehr zufrieden mit ihr sein. Die U. S. P. D. manipuliert wohl als erstes an der Spitze; das erzieht man schon daraus, daß die Partei der Arbeiterräte von März bis Juli auf das Doppelte gewachsen ist.

Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit in der Politik ist die Hauptsache. In dem Ziel, das wir erstreben, sind wir uns einig. Wir gehen nur zwei Wege. Unser Weg mag der weitere sein, aber er ist bei weitem ebener und viel sicherer als der andere. Ich bin der Meinung, daß wir unser Ziel nicht erreichen können, um zum Ziel zu gelangen, auch aber stellen sich auf dem kurzen Wege so viel Hindernisse entgegen, daß bei dem Wegedanken derselben der Weitermarsch in Frage gestellt wird.

Und dann Genossen, verzagt nicht auf diese Weise die Namen und das Werk eurer großen bahnbrechenden Führer.

Wer nicht die Kraft und den Geist in sich verspürt, das Schicksal des Kommunismus rein und blank zu halten, der lasse die Finger davon. Esch fühle mal jeder, der eine Führerrolle übernehmen will, seine Kräfte im Kampfe mit dem Leben. Dazu gehört eine Lebensschule, und nicht zuletzt ein Sinecleben und Aufleben der Seele im Sozialismus. Ich warne Euch vor Ueberflutung. In der Vereinklung der Massen liegt die Kraft. Unüberwindlich ist die Kraft des Sozialismus, wenn er die Hirne der Massen durchleuchtet. Lassen wir es uns nicht beschreiben, fort und fort zu predigen und zu lehren, daß der neue Feind, der Sozialismus, nur allein imstande ist, die aus allen Wunden blutende Menschheit, die bis ins innerste Herz getroffene Welt wieder zu heilen und zu neuem, fruchtbringendem Leben zu erwecken.

Wie sich die Arbeiter von den Unabhängigen abwenden.

Aus Thüringen wird uns geschrieben:
Am Sonntag, den 20. Juli, besah ich „Vorwärts“ an letzter Stelle, daß am Montag, den 21. Juli, nicht getraut werden dürfe, daß die Arbeiterschaft sich von den Totengräbern ihrer Zukunft, den Unabhängigen abwenden müsse“, daß die Arbeiter der unabhängigen Sozialdemokratie die Sozialdemokratie zu verweigern haben. — Die internationale Demonstration konnte dadurch natürlich nicht aufhalten werden. Auch in Thüringen gab es Proteststreiks, wohlgeleitete Demonstrationen und überfüllte Versammlungen, die sogar in die Vornachmittags- und Mittagszeit fielen. So folgten die Kalkarbeiter und andere Arbeiterbranchen von Kastenkeg einen selbständigen Streik durch. Eine sehr gut besuchte und glänzend verlaufene öffentliche Versammlung wurde in dem Orte in der ersten Nachmittagszeit abgehalten mit dem Abg. Kunert als Redner. Drei Viertel der Versammlungsbesucher waren Rechtssozialisten, ein Viertel gehörte zur unabhängigen Sozialdemokratie. Der Referent fand trotzdem im Laufe seiner Darlegung lebhaftes und allgemeines Zustimmung und am Schluß großen begeisterten Beifall. Die Diskussion brachte eine lange und sehr heftige Auseinandersetzung zwischen Unabhängigen und Unabhängigen, wobei die Rechtssozialisten restlos unterlagen. Das gelangte auch unabweislich zum Ausdruck in der Annahme einer Resolution, deren dritter Absatz lautete:
„Wir geloben, um den Klassenkampf grundfahreu und mit höchster Energie zum Ziele und bis zum völligen Siege der deutschen Arbeiterklasse führen zu können, uns auf den Boden des Revolutionsprogramms der U. S. P. D. ohne Verzug zu stellen.“

Nachdem einstimmig wurde diese Entschließung mit dem festen Vorsatze angenommen, den Austritt aus der U. S. P. D. und den Uebertretung zur U. S. P. in einer nächsten zu diesem Zwecke einzuberufenden Generalversammlung des Vereins auch formell zu bewirken. —
So wendet sich die Arbeiterschaft, um mit dem wieder „Vorwärts“ zu reden, von den Totengräbern ihrer Zukunft ab.

Der Maulkorb im „demokratischen“ Deutschland.

Dem Herausgeber der „Tribüne“, Karl Schmidt, erhielten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:
„Das Witle April erfolgte Verbot der „Tribüne“ ist noch immer nicht aufgehoben. Als Schadloshaltung hierfür wird mir vom Polizeipräsidenten im Auftrag des Oberkommandos der Post mitgeteilt, daß sämtliche Versammlungen und Vortrags, die ich etwa einberufen und halten könnte, während des Belagerungszustandes verboten bleiben. Sogar das Vorlesen von humoristisch gehaltenen, gänzlich unpolitischen Jugenderinnerungen ist mir untersagt worden. Gegen diese Rechtslosigkeit führe ich hiermit öffentlich Beschwerde.“ Karl Schmidt

Die „vollendete Demokratie“. Nach Federer, der Herausgeber des „Revolutionär“, eines der bekanntesten Angriffspunkte der sibirischen reaktionären Presse, wurde anlässlich seiner Anwesenheit beim Militärkongress in Berlin von bewaffneten Soldaten festgenommen und ohne rechtliche Grundlage drei Wochen im Moabit Gefängnis in Haft gehalten.

Ein Aufruf der litauischen Regierung. Die litauische Regierung erließ einen Aufruf, in dem alle litauischen Staatsangehörigen (sow dem Gouvernement Kovno, Wilna, Grodno und Suwalki) die der Krieg nach Deutschland verschlagen hat und nun in ihre Heimat zurückkehren wollen, aufgefordert werden, ihren Vor- und Familiennamen, das Gouvernement, aus dem sie stammen, sowie ihre jetzige Adresse dem litauischen Heren Konowitsch, Litauische Gesandtschaft, Berlin, Kurfürstendamm 248, mitzuteilen. Von hier aus wird dann das für die Helmbehebung Notwendige veranlaßt.

Die Uebergabe der Seegruben. Die Verhandlungen zwischen der Deutschen und der französischen Regierung wegen Uebergabe der Seegruben haben in Seegruben am Mittwoch ihren Anfang genommen. Von den vier Seiten sind Beamte des Handelsministeriums mit Führung der Verhandlungen betraut. Die Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Aus der Parteireihe.
Das soeben erschienene sechste Heft der „Freien Welt“ bringt in erster Linie Bilder von den großen Streiks und Kämpfen der letzten Zeit aus Berlin und Hamburg, ferner Bilder von Fiebern, einen lehrreichen, illustrierten Artikel über die Entwicklung, die zum Völkerverband geführt hat, eine himmelstolze

Ledebour

vor den Geschworenen
ist vergiffen!

Das 41.—50. Tausend erheint in einigen Tagen

Preis 75 Pfennig.

Aufnahme einer Zugemürg-Fester in einem kleinen Bergdorfchen und viele andere, zeitgemäße Bilder Tolstois Roman „Der Teufel“ findet in der Nummer seinen Abschluß. Zugleich beginnt eine neue Erzählung: „Die schwarze Ruthe“ von Koluman Nisszath, einem berühmten ungarischen Schriftsteller. Die Erzählung schließt in spannendster Form, wie ein in der Revolution von 1848 standrechtlich zum Tode Verurteilter auf wunderbare Weise errettet wird. Eine Karikatur: „Der verurteilte Kotte“, schließt die Nummer.

Gewerkschaftliches.

Der Konflikt im Eisenbahnerverband.

Uns geht folgende Erklärung zu:
Vor einigen Tagen erschienen in verschiedenen Zeitungen ein Artikel des Zentralvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes, in dem gegen den Zentralrat der Eisenbahner eine Reihe von Anklagen erhoben und ein weiterer geschäftlicher Verkehr des Hauptvorstandes des D. E. V. mit dem Zentralrat in seiner jetzigen Zusammenfassung abgelehnt wurde.

Die Anklagen, die der Vorstand des D. E. V. gegen den Zentralrat erhob, sind als völlig haltlos in sich zusammengebrochen. Das einzige Argument, auf das sich die Anklage noch stützt, ist ein Brief, den der Chairman des Zentralrats an ein anderes Mitglied des Zentralrats geschrieben hatte. Dieser Brief wurde aus innerer Empörung über das unverantwortliche Verhalten des Hauptvorstandes und aus reinem Solidaritätsgefühl für die streikenden Kollegen in Berlin geschrieben.

Zur Aufklärung, in welcher Weise der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes seine Pflichten dem Verbande gegenüber vernachlässigt, möge folgendes den interessierten Kreisen zur Kenntnis dienen:

Der 1. Vorsitzende Brunner erklärte am 25. Juni 1910 in einer Unterredung mit dem Zentralrat und einigen anderen Vorstandsmitgliedern folgendes: „Selbst wenn die Verhandlungen im Ministerium vollständig ergebnislos verlaufen, werde ich mich nicht an die Spitze der Bewegung stellen und auch nicht zum Streik aufrufen.“

Der 2. Vorsitzende Schöffel sagte: „Ich hätte nichts dagegen, wenn der Verband sich um 300-000 Mitglieder verminderte, wir hätten dann wieder ruhigeres Arbeiten.“

Redakteur Kögler ließ sich folgenbermaßen aus: „Ein Streik im jetzigen Augenblick ist unverantwortlich. Ich bin nicht auf unter 800 000 Kriegsgefangenen, die feindlich behandelt werden müssen.“

Dies sagte der Redakteur Rogur, derselbe Rogur, der in der Nationalversammlung gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages stimmte, ohne sich ein Wort heraus zu lassen, was im Falle einer Ablehnung des Friedensvertrages das Schicksal unter 800 000 Kriegsgefangenen geworden wäre.

Die Veröffentlichung des Artikels des Hauptvorstandes des D. E. V. in der Tagespresse ist eine Ungeheuerlichkeit, wie sie in der Gewerkschaftsbewegung wohl einzig dastehen dürfte. Die Differenzen zwischen Zentralvorstand und Zentralrat sind eine reine interne Verbandangelegenheit, an der die Öffentlichkeit nicht das geringste Interesse hat. Öffentlich ist diese Veröffentlichung nur eine Verleumdung gegenüber der Eisenbahnerverwaltung und der Regierung, der man damit ergebnislos beweisen wollte, daß der Hauptvorstand des D. E. V. mit dem ominösen „revolutionären“ Zentralrat nichts mehr gemein haben will.

Der Zentralrat hat dem Hauptvorstand des D. E. V. folgende Erklärung abgegeben:

„Der Zentralrat erhebt gegen das Verhalten des Hauptvorstandes des D. E. V. den schärfsten Protest. Den Beschluß des Hauptvorstandes, mit dem Zentralrat in seiner jetzigen Zusammenfassung nicht mehr geschäftlich zu verkehren, demselben keine Verhandlungen mehr zur Verfügung zu stellen, ferner gegen einzelne Mitglieder des Zentralrats noch weitere Schritte einzuleiten, erkennt der Zentralrat nicht an.“

Ein solcher Beschluß kann nur von einer Verbands-Generalversammlung gefaßt werden.

Der Zentralrat stellt daher den Antrag auf sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung (§ 27 des Verbandstatuts), die in dieser Angelegenheit zu entscheiden hat. Der Zentralrat erklärt ferner, daß er seinerseits bis zur Entscheidung der Generalversammlung eine Zusammenarbeit mit dem jetzigen Hauptvorstand ablehnt, da das bisherige Verhalten des Hauptvorstandes für eine konsequente Durchführung der auf dem Verbandstage zu Jena gefaßten Beschlüsse keine Gewähr bietet.

Der Zentralrat der Eisenbahnerarbeiterräte.
J. A.: gez. J. H. Heibel, Obmann.

Die Leipziger Metallarbeiter gegen den Gewerkschaftskongress.

Eine kürzlich stattgefundene Versammlung der Metallarbeiter Leipzigs protestierte auf das entschiedenste gegen die Haltung der Mehrheit auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg. Das Verbandsorgan, so heißt es in einer von der Versammlung beschlossenen Resolution, „das die Mehrheit sich und der Generalkommission ausstellt hat, ändert an der Tatsache nichts, daß die Aktionspolitik der Generalkommission und ihres Befehlshabers unbedeutend über die deutsche Arbeiterschaft hinausgeschritten hat. Diese Aktionspolitik kann nur als ein Verleumdung der deutschen Imperialisten, aber niemals als eine solche des deutschen Proletariats bezeichnet werden. Die Haltung und die Beschlüsse über die Arbeitsgemeinschaft, die Betriebsräte und das neue Statut des Gewerkschaftsbundes bedeuten die Aufrichtung einer vollständigen Autokratie von Unternehmern und Gewerkschaftsführern zur Verherrlichung der Arbeiterschaft. Was sich die Arbeiter bisher im Laufe der Revolution erungen haben, wird durch die Mehrheit des Gewerkschaftskongresses vollständig preisgegeben. Die Leipziger Metallarbeiter betrachten diese Beschlüsse als einen Verrat an der Revolution und am Sozialismus. Nicht durch die Arbeiterschaft und die von der Generalkommission beauftragten Betriebsräte kommen wir zum Sozialismus, sondern durch das reine Mitebestem.“ Die Leipziger Metallarbeiter fordern die gesamte organisierte Arbeiterschaft auf, sich ebenfalls auf den Boden des Mitebestems zu stellen.

Eine gut besuchte Raubputzerversammlung von Groß-Berlin fand am 22. Juli im Gewerkschaftshaus statt. Der Vorsitzende Thoms wies darauf hin, daß nach den Bestimmungen vom 28. Dezember 1918 ein geschlossenes Recht besteht, die Funktion als Raubputzer auszuüben; der Vertrauensmann müßte das Verbindlich zwischen Vorstand und den beschäftigten Kollegen sein. Thoms besprach dann die einzelnen Paragraphen des Tarifvertrages und wünschte, daß die Bestimmungen restlos durchgesetzt werden, vor allen Dingen das Mindestlohnrecht. In der Diskussion sprachen alle Redner den Wunsch aus, daß die neue Zeit auch an den Gewerkschaften ein „Recht“ vorübergeben möge. Die Raubputzerverammlung dürften keine vorübergehende Erscheinung sein, sondern müßten regelrecht eingeführt werden. Mehrere Anträge wurden durch das Schlußwort des Redners Thoms erledigt. Ein Antrag des Kollegen Baileberg auf die Tagesordnung der nächsten Raubputzerversammlung den Verzicht der Arbeiterräte zu legen, wurde einstimmig angenommen.

Groß-Berlin.

Der Leutnant zieht sich die Handschuh fest.

Mit Tsching-Tsching-trara zieht eine Militärkapelle durch die Straße. Vorn der Tambour-Major mit seinem Stod, hinter ihm die Spielleute und darauf die Regimentskapelle, 70 oder 80 Mann. Dann kommen die Truppen, 50 oder 60 Kosaken mit dem Stahlhelm, das Gewehr stramm geschultert. In den letzten Gliedern werden Wägelchen mit Maschinengewehren oder Revolverkanonen gefahren. Der Vorbefehl wirkt ein wenig lächerlich. Diese Kosakgarde ist doch nur Erprobung.

Ein Postbote leert einen Briefkasten. In einem andern Kasten meint er: Da kommt die Kosakgarde. Das hört ein tüchtiger Unteroffizier. Er merkt die Beleidigung dem Leutnant; der springt auf den Bürgersteig, winkt mehrere Soldaten herbei und läßt den Schwerverbrecher festnehmen. Der Postbote will nicht glauben, daß er sich einer Beleidigung schuldig gemacht hat. Aber mit einigen Stößen macht man es ihm klar.

Der Mann wird mit seinem schweren Briefbeutel dem kriegerischen Trupp eingereiht. Aber er darf nicht inmitten der anderen Soldaten gehen. Er bildet eine Reihe für sich.

Der Vorfall hat die Entzweiung der Vorübergehenden erweckt. Es war Vormittags in der Karlsruferstraße, nahe der Lindenstraße, es herrschte starker Verkehr. Man ruft zu den Soldaten hinüber, daß doch der Postbote wieder freigelassen werden solle, denn das Wort "Kosakgarde", zu einem andern Zivilisten gesprochen, könne doch keine so schwere Beleidigung darstellen, daß man den Mann wie einen Verbrecher durch die Straßen schleppen. Doch auf diese Einsprüche gibt der Führer der Truppe nichts.

Es ist ein Leutnant von sehr jungem Jahren und der versteht keinen Spaß. Der Leutnant zieht seine Handschuh fest, er macht Miene, die Straße säubern zu lassen. Darauf zerstreut sich die Menge. Der Postbote aber wird weitergeführt. Bis nach der Kaiserne an der Artilleriestraße. Was dort mit ihm geschehen ist, wissen wir nicht.

Leichenschändung.

Eine überraschende Entdeckung, die zugleich Grausen und Empörung bei ihnen auslöste, machten am 14. d. M. mehrere Kriegsgerichte, als sie sich zur Teilnahme am Begräbnis eines Kameraden auf dem Garnisonkirchhof am Tempelhofer Feld einfinden. Auf einem Laub- und Schutthaufen hinter der Kapelle stand ein Sarg, dem ein furchtbarer Geruch entströmte. Aus Verwundungen vorübergehender Friedhofarbeiter ging hervor, daß dieser Sarg schon mehrere Tage dort stand. Als man nun den schlecht verschlossenen Sargdeckel abhob, bot sich den Anwesenden ein grauenvoller Anblick. In dem Sarg lag eine männliche Leiche, die sich schon im Zustand höchster Verwesung befand. Der Körper war mit Wurmern überfüllt, vollständig schwarz, völlig nackt, achsellos in den Sarg hineingeworfen, die Füße dem Kopfende zu, rechter Arm und rechte Hand mittels Binden am Körper festgebunden. Auf dem Sarg war ein Zettel befestigt mit der Aufschrift: Jehlin, Vereinslagarrett Dr. Edel, Charlottenburg, Berliner Straße 17. Nach später eingehenden Erkundigungen handelt es sich um einen am 5. Juli verstorbenen Soldaten namens Jehlin. Die Leiche, die man also auf so schändliche Art gelegentlich fand und langlos verschoren wollte, wurde nun photographiert und dann unter dem Beisein von 150 Kriegsgenossen der Erde übergeben. Jedemfalls ist dieses Vorkommnis auch wieder ein Rückschnitt in dem teilschuldigen Kapitel von "Dem des Vaterlandes".

Ueber die Zustände auf dem Garnisonkirchhof wird uns noch weiter geschrieben: Meines Wissens besteht auf dem Garnisonkirchhof Tempelhofer Feld ein Kommando, das die zu beerdigenden Kameraden zur Grube trägt. Bei einer am 21. Juli festgesetzten Beerdigung erregte es Aufsehen, daß die dort beschäftigten Kirchhofarbeiter, von der Arbeit weg-

geholt, den Sarg zur Gruft trugen. Auf meine Erlaubung hin wurde mir die Mitteilung, daß ein Kirchhofkommando dort schon seit vier Wochen nicht mehr erscheint. Die Kirchhofarbeiter wollen nächstens diesen Dienst nicht mehr ausführen, da sie selbst das beschämende Bild, welches sich jedem Leidtragenden aufdrängt, empfinden. Sonderbar ist es, daß, sobald ein Beerdigungstrupp begraben wird, ein Kommando erscheint, und dieser Sarg, der sich seine Vorbeeren wünschlich in Berlin verdient hat, mit militärischer Ehre begraben wird.

Arzt und Politik. Wir haben schon verschiedene Male unserer Meinung Ausdruck gegeben, daß es Pflicht eines Arztes ist, seine Hilfe jedem Menschen anzuwenden zu lassen, ohne zu fragen, bei welcher Gelegenheit der Betreffende zu Schaden gekommen ist. Der Arzt, der am 21. Juli mittags in der Rettungswache in der Lohringer Straße Dienst tat, scheint nicht nach diesem Grundsatz handeln zu wollen. Wie uns nachträglich noch mitgeteilt wird, folgte er zu einer Frau, die bei den Schizophrenen im Lustgarten verlegt und zu ihm geführt wurde. Sie haben wohl demonstriert, daß schadet es Ihnen gar nichts. Das war eine ganz ungebührliche Neuerung. Auch wenn die Frau an der Demonstration teilgenommen hätte, was gar nicht einmal zutreffen läßt, hätte sie die bereitwillige Hilfe jedes Arztes finden müssen. Es zeugt von nicht gerade menschenfreundlicher Gesinnung mancher Ärzte, wenn sie sich bei ihrer Tätigkeit von politischen Erwägungen leiten lassen.

Aufregende Szene in einem Kino. Donnerstagabend wurde in dem Puffkaffee unter den Linden der Film "Die Tochter der Prostituierten" aufgeführt. Mitten im Spiel erschienen plötzlich mehrere mit Revolvern bewaffnete Soldaten und verboten die Fortführung des Spiels. Es kam dabei zu lebhaften Auseinandersetzungen mit einem Teil des Publikums, bis dann auch Polizeibeamte erschienen, die den Saal räumten. Wie uns mitgeteilt wird, haben sich die Soldaten durch Schimpereien und Tätlichkeiten ganz besonders herabgelassen, so daß es nur der Ruhe des Publikums zu verdanken ist, daß es nicht zu Blutvergießen kam. Seit wann sind denn die Freiwilligentruppen als Schächer der Sittlichkeit anerkannt worden?

Verloren. Am Sonntag, den 20. Juli, ist eine schwarze Leder Tasche mit Noten des Lindenberger Arbeiter-Gesangs-Vereins in der Linie 69, abends 8 Uhr, liegen geblieben. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Noten an Richard Herzmann, Wilmersberg, Wagnerstr. 57, abzugeben, der dankbar ist.

Aus dem Gemeindeleben.

Rosenthal. In der Morgenausgabe vom 21. Juli beschäftigt sich der "Vorwärts" mit unserem Genossen Ribbrodt, den er als Bänderführer hinstellt. Wie ist der Sachverhalt?

Am 18. Juni brachte das Rosenfelder Ortsblatt einen den Gemeindevorsteher beleidigenden Artikel, gegen deren Verfasser Genosse Ribbrodt am 2. Juli beim Landrat auf Grund des § 196 St. P. O. Antrag auf Strafverfolgung stellte. Am gleichen Tage verwendete sich das Arbeiteramtliche Wärtger beim Landratssekretär Krennauer dafür, daß das Verfahren beschleunigt wird. In der Gemeindevorstellung vom 8. Juli legten die Bürgerlichen ein Schreiben vor, in dem beantragt wurde, der Vorsteher solle seinen Posten solange niederlegen, wie das Verfahren läuft. Dies wurde von der U. E. P. Fraktion natürlich abgelehnt, dafür wurde aber noch ein Antrag angenommen, der Vorsteher möge das Disziplinarverfahren gegen sich beantragen und die Gemeindevorstellung solle den Landrat eruchen, dies Verfahren zu beschleunigen. Diesem Antrag kam der Vorsteher nach, trotzdem dies geschicklich gar nicht zulässig war, wie denn auch der Landrat unter dem 15. Juli an unseren Genossen Ribbrodt folgendes schrieb:

An den stellvertretenden Gemeindevorsteher Herrn Ribbrodt.
Ihren Antrag, ein Disziplinarverfahren wegen derjenigen Tatsache einzuleiten, wegen welcher von mir aus ein Antrag auf Strafverfolgung der "Rosenfelder Zeitung" wegen Verleumdung gestellt ist, vermag ich nicht statzugeben.
Nach § 4 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 darf im Laufe einer gerichtlichen Untersuchung ein Disziplinarverfahren gegen den Angeklagten wegen der nämlichen Tatsache nicht eingeleitet werden. Wenn sich auch das anhängig gemachte Strafverfahren in diesem Falle nicht gegen Sie

richtet, so ist doch die Möglichkeit gegeben, daß der Verleumdungsgegner die Staatsanwaltschaft auch zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Sie veranlaßt. Es würde dann die weitere Möglichkeit gegeben sein, daß der Strafrichter und der Disziplinarrichter zu einer verschiedenen Beurteilung des Falles gelangen. Dieser Möglichkeit will jene Gelegenheitsbestimmung mit Recht vorbeugen und gibt daher in allen diesen Fällen dem Strafrichter den Vortritt.

Dieses Schreiben ist in der letzten Gemeindevorstellung vom 17. Juli 1919 vom Genossen Ribbrodt verlesen worden, alle zur öffentlichen Kenntnis auch der rechtssozialistischen Fraktion sowie der Bürgerlichen, die sich am 17. Juli verbrüder haben, gebracht worden. Der "Vorwärts" aber unterläßt es, seinen Lesern. Derselbe "Vorwärts" hat ferner, nachdem er den beleidigenden Artikel am 28. Juni abgedruckt hatte, die Verleumdung unseres Genossen Ribbrodt vom 29. Juni unterschlagen. Wer lügt also? Dem "Vorwärts" ist eben jedes Mittel recht, unsere Parteigenossen zu verunglimpfen.

Lebensmittellieferanten.

Höchstpreis für Frühkartoffeln. Der Preis für ein Pfund Speisekartoffeln der Ernte 1919 (Frühkartoffeln) gleichviel, ob sie im Innern oder außerhalb des U. Sprungs sind, darf in Berlin im Kleinhandel 20 Pfennig nicht übersteigen.

Käseverteilung. Die Zeitliche Groß-Berlin macht darauf aufmerksam, daß das Milchprodukt der zur Zeit größten Speisekartoffeln bis zum Ende der kommenden Woche (3. 8. 1919) für den Käsebezug bei der querschnittlichen Verteilung anzugeben wird und nicht fortzuwerden ist. In welchen Quartieren Käse verteilt wird, wird nicht bekannt gemacht.

Kommissar. Ausgabe von Dresshosen und Hosenträgern im Kaufmann Sport, Al. Str. 5, Freitag und Samstag. Der Gemeindevorsteher, Arbeiteramt von Kommissar und Umegegend.

Belten. Eine Dose konservierte Milch (1 1/2), Preis 2,10 Mk., ein Pfund Kunsthonig (17), 50 Gramm Margarine (18).

Aus den Organisationen.

Dritter Kreis. Sonntag Familienausflug nach Koblenz. Abfahrt vom Schloßpark Bahnhof 9 Uhr und 9 Uhr 15 Min. Sechster Kreis. 16. Abt. Frauen-Verein am Montag, abends 7 Uhr, bei Kolth, Tegeler Straße 23. Sonntag, den 27. d. M., vormittags 10 Uhr, in Haverlands Festsaal, Neue Friedrichstraße 85. 1. Beschlußfassung über den Organisationsplan. 2. Vortrag des Genossen Dr. Rudolf Breitscheid: "Die politische Lage".

Charlottenburg. Heute, abends 7 Uhr, Vollziehung der kommunalen Arbeiterämter im Rathaus, Sitzungszimmer 1. Pankow. Sonntag, 27. Juli, Familienausflug nach Stolpe und Besichtigung des Wasserwerkes. Treffpunkt vormittags 10 Uhr am Bahnhof Nordbahn; Abfahrt 8 Uhr 2 Min. vormittags. Treffpunkt: Treffpunkt Lehn von Bergmann, Dorf Stolpe. Tafelabend mütterliches Beisammensein und Kinderspiele.

Bereinskalender.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Treffpunkt: Sonntag, 27. Juli, Übung im Schloßpark, Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im Restaurant Lindenpark an der Kirche, Bogisch Eiden, Abt. 1, Reichstraße 17. 28. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Treffpunkt Tempelhofer Feld, Restaurant Parthen, Berliner Straße 18. Gäste haben einmündigen freien Zutritt. Funktionäre der Leichtindustrie: Arbeiterämter und Betriebsämter, Obleute der Angestelltenvereine, Vertrauensleute der Gewerkschaften der Hand- und Korbarbeiter, Insubstitutionsverein am 28. Juli, 6 Uhr, Kala, Köhlerisches Gymnasium. Jusseliden, Rentnervereiner, Sonntag vormittags 10 Uhr, Tula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 16, Versammlung. Arbeiter-Vereine, "Naturfreunde", Sonntag, 27. Juli, Pankow, Wanderschaft durch den Grunewald. Treffpunkt: 7 Uhr, Flughafen, Ecke Rindfleischstr. und 7 30 Uhr Oranienburger Tor. Arbeiter-Vereine, "Vorwärts", am 2. August zweite Spreewaldfahrt. Teilnahmekarten bei Wählig, Schulberg Str. 22; Glanz, Romanbantenstr. 88, bis 31. Juli zu haben. Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reichstraße, Verlagsgesellschaft "Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Lindenbruderei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schilfbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner **Eduard Jango**, Friedenstraße 76, am 21. d. M. gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee, Lichtenberger Weg, statt. Rige Beteiligung erwartet.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinen-Arbeiter **Erich Tramp**, Nieder-Schönhausen, Schloß-Allee 13, am 10. d. M. gestorben ist.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin **Emma Baes**, Spandau, am 27. Juni gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!**
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands
Zentrale Berlin, Sebastianstraße 37-38
Achtung! Achtung!
Herrnkonfektion, Hosen- und Westen-schneider und Schneiderinnen!
Am Sonntag, den 26. Juli, abends 7 Uhr bei Schulz, Königsgraben 2
Branchen-Versammlung.
Zustimmung:
1. Bericht der Kommission und Neuwahl derselben.
2. Mitteilungen.
Achtung! Knaben-Konfektion! Achtung!
Am Montag, den 28. Juli 1919, nach Geschäfts-schluß 5 Uhr, haben die folgende Firmen Geschäfts-sitzungen:
G. Zehler, G. Zehler Kaufmann & Goldschmidt, Philippstraße 23 bei Dietrich.
G. Anders, W. Damm, N. Damm, Selmer Sohn, J. Neumann, Fri & Rode, Müller & Oger, Vag & Voelckstein, H. Wertheim, G. Rindt, Rindt, Tagobert Weinhold, Verward Waer, Metz Gurtberg bei Schulz, Königsgraben 2.
G. W. Jacobson, H. Grün, Adolf Weib, Arnold Müller, Wied & Wolf, Emma Gric, Gud & Vaymann, Wilschell.
Hagenhofer, Urschank, Wolkemarkt 7-8.
Julian Beer und Julian Beerinnen sind verpflichtet, an die in Geschäfts-sitzungen teilzunehmen.
Jugend- und Knaben-Konfektion, der nicht aufgeführten Firmen der Knabenkonfektion versammelt sich bei Schulz, Königsgraben 2.
Die Kommission.

FREIHEIT
Berlin NW 6 • Schiffbauerdamm 19
Genossen!
Vergeßt niemals die "Freiheit" als diejenige Zeitung zu nennen, die Euch zum Ankauf oder Verkauf veranlaßt hat. Der Anzeigenteil der "Freiheit" muß überall beachtet und empfohlen werden. ♦ ♦ ♦ ♦

Die Lebensmittelpreise stürzen mit der Zwangswirtschaft.
Die Wirkungen des freien Handels sind mehr Ware, niedrigere Preise.
Maismehl, goldgelb, prima Ware . . . 1 Pfd. Mk.
Gedörrte baltische Pläunche, fleischig u. . . 1 Pfd. Mk.
Gemälte-Erbisen, belgische Ware . . . 1 Pfd. Mk.
Mischhonig in Glasern, mit Glas . . . 1 Pfd. Mk.
Ausländische Mischmelade mit Zucker gerührt . . . 1 Pfd. Mk.
Schulische in Glasern . . . 4 Pfd. Mk.
Marinierter Schollen, lose . . . 1 Pfd. Mk.
Gedörrte Kariottenschalen, gesunde Ware . . . 1 Pfd. Mk.
Mozzarella, lose . . . 1 Pfd. Mk.
Pflanzlich-Konserven . . . 2 Pfd. Mk.
Sollanin . . . 1 Pfd. Mk.
Nährstoffe in 1 kg-Paketen . . . 4 Pakete
Krautextrakt . . . 1 Dose
Viagral-Krautextrakt, konz. Mk. 4,10 . . . jetzt
Stärke, ausländische Marke Erdbeer . . . 1 Pfd. Mk.
Abgabe erfolgt an jeden Groß-Berliner Einwohner markenfrei.
Gemeinde Berlin - Britz
Verkaufsstelle: Hannemannstraße
Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, 1919.

Erklärung:
Um den in letzter Zeit in meinem Betrieb wiederholt vorkommenden Unregelmäßigkeiten auf die Spur zu kommen, war ich sehr bestrebt, unterschiedlich bei den verschiedenen Stellen Haus- und Hofarbeiten zu lassen; hierbei war es unverständlich, unter andern auch bei meinen bisherigen Mitarbeitern Herr Carl Paul und Herrmann Weber, Sports, 17 in welcher Weise vorgehen zu müssen. Daß jeder Verdacht speziell nach dieser Seite hin völlig unbegründet war, freut mich an dieser Stelle feststellen zu können.
Fugeneutthau
Eana Loewenstein

Zigarren
65 bis 95 Pfg. großes Format
"in Mosier-Kisten 10, 75, 85, 95 Pfg. genau Nimm.
Artur Grünwald, Berlin-Tempelhof, Schulenburgstr. 2.
Dauerwäsche wird auszubereiten, verbessert, vergrößert, verkleinert, gereinigt.
Reichenberger Str. 7, Born, (Kornbuser Tor), Persersprechschl. 141, 143, 145.
Schellack und Leim, auch pflanzliche, knuff E. Thau, Berlin, Wicelofstr. 38 L, Moabit 222.

Die Kleinen Anzeigen der "Freiheit" sind am wirksamsten im Abendblatt. Wiederholungen bringen einen nachhaltigen Erfolg.
In den nachstehenden Spalten werden sofort

Soeben neue Nummer erschienen!
Der Sozialist.
Träger sozialistische Auslandspolitik.
Unabhängige sozialdemokratische Wochenzeitung.
Herausgegeben von **Dr. Rud. Breitscheid.**
Unter händiger Mitwirkung von **H. Bloch, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.**
Abonnements vierteljährlich 6.- Mk. Einzelnummer 60 Pf.
Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spalteuren der Freiheit oder in der Verlags-gesellschaft "Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

Platin, Gold, Silber
alte Zahngebisse, einz. Zähne **kauft** zum hohen Tageskurs
J. Weinstock & M. Mohrenstr. 16
am Untergrundbahnhof Friedrichstraße
Alexanderstraße 14a | Charlottenburg
nahe Jannowitzbrücke | Stuttgart, Platz 8

Für Straßenhändler Südfrüchte u. Nüsse
gibt billigst ab
F. P. Adolf Kaufmann, Berlin S. 14, Wallstr. 85.

Botenfrauen
eingestellt:
Berlin
Gieschner, Gieschner Straße 92, Döring, Steinmeier, 23, Hackbarth, Michaelisplatz 2.
Potsdam
Doyauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 35.
Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.
Wilmersdorf
Diebler, Hindenburgstraße 34.

Tüchtiger Bügler
für unser Atelier sofort verlangt. Meldungen im Atelier
R. M. Maassen, Oranienplatz.
Tüchtige JackenarbeiterInnen
für unser Atelier sofort verlangt. Meldungen im Atelier
R. M. Maassen, Oranienplatz.
Heil-Anstalt "Löser"
Nünzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-2.
Harn- u. Blinuntersuche, Licht- u. Flammen-Behandlung